STADT MEERBUSCH
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 10. Dezember 2009

Tagesordnung Seite

Anwesenheit 2

I ÖFFENTLICHE SITZUNG 3

1. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2009-2014 3
2. Haushalt 2010 3
2.1 Beratung der Ansätze des Fachbereiches Bürgerbüro, Sicherheit, Umwelt (ohne Umwelt), der Servicebereiche Zentrale Dienste, Finanzen, Immobilien, Recht und des Vorstandes 4
2.2 Beratung Entwurf 2. Lesung 7
3. VI. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Meerbusch 11
4. Bedarfsanpassung von öffentlichen Telekommunikationsstandorten 12
5. Flächenaufteilung in den städtischen Informationsschaukästen 12
6. Benennung von Erschließungsstraßen in Meerbusch-Büderich im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 271 12
7. Bericht der Verwaltung 13
8. Termin der nächsten Sitzung 13
9. Verschiedenes 13

Anwesenheit

Sitzungsort:	Städt. Mataré-Gymnasium, Meerbusch-Büderich, Niederdonker Str. 36, Sitzungsraum II. OG
Beginn der Sitzung:	17.50 Uhr
Ende der Sitzung:	22.30 Uhr

Anwesend
sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Spindler

von der CDU-Fraktion:
Ratsfrau Kox (ab TOP 2, 18.35 Uhr), Ratsfrau Pricken (bis TOP 2, 18.35) sowie die Ratsherren Damblon, Herlitz, Jürgens, Kunze, Radmacher und Wartchow ,

von der FDP-Fraktion:
Ratsfrau Büchner sowie die Ratsherren Schleifer, Dr. Schmidt-Menschner und Dr. Schumacher,

von der SPD-Fraktion:
Ratsfrau Niederdellmann sowie die Ratsherren Focken und Neuhausen,

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":
Ratsfrau Dr. Schomberg sowie Ratsherr Peters,

von der UWG-Fraktion
Ratsherr Staudinger-Napp

sowie Ratsherr Müller (Zentrum) als beratendes Mitglied

von der Verwaltung:
Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage,
Beigeordneter Dr. Gerard,
Herren Bechert und Horn, Fachbereich 1,
Herr Wirtz, Service Zentrale Dienste,
Frau Bräuhaus und Herr Fiebig, Service Finanzen,
Herr Klein, Service Immobilien,
Herr Fox, Rechnungsprüfungsamt,
Herr Gorgs, Pressereferent,
Herr Mombartz, Personalratsvorsitzender,
Frau Schmitz, Gleichstellungsbeauftragte

Es fehlen:
Ratsherr Jung (CDU),
Ratsfrau Wellhausen und Ratsherr Dorfer (FDP),
Ratsherr Eimer (SPD)

Schriftführer
Herr Olbertz

I ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Sitzungsbeginn werden dem Ausschuss eine Veränderungsliste zu Tagesordnungspunkt 2.2 mit den Ergebnissen der Fachausschussberatungen, eine Liste mit Änderungswünschen der UWG-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2010 sowie 3 gemeinsame Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zu Haushaltsansätzen bei den Produkten Technisches Gebäudemanagement, Denkmalpflege und Öffentlichkeitsarbeit verteilt.

1. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2009-2014

Beschluss:

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Haushalt 2010

Vor Beginn der Beratung erstattet Herr Fiebig einen Bericht zur aktuellen Lage der Haushaltsplanung für das Jahr 2010 und zum voraussichtlichen Abschluss des Jahres 2009.
Im Haushalt 2010 sei eine Auflösung einer Ertragsrücklage aus dem Jahr 2008 in Höhe von 3,5 Mio. €, der dort als Überschuss erwirtschaftet wurde, vorgesehen gewesen. Nach einer Intervention eines Ratsmitgliedes sei diese Angelegenheit jedoch seitens des Innenministeriums und des Landrates als Aufsichtsbehörde geprüft worden. Im Ergebnis sei festzustellen, dass diese beiden Aufsichtsbehörden eine andere Rechtsauffassung bzgl. der Möglichkeit zur Auflösung dieser Ertragsrücklage vertreten als die Stadt Meerbusch. Demzufolge könne die geplante Rücklagenauflösung nicht vorgenommen werden, was letztlich bedeute, dass der Betrag von 3,5 Mio. € im Jahr 2008 verbleibe und zur Erhöhung des Eigenkapitals diene, jedoch nicht den Bürgern zugute komme.
Des Weiteren sei im Haushalt 2010 eine Erhöhung der Kreisumlage zu berücksichtigen. Diese resultiere zum einen mit einem Anteil von ca. 1,6 Mio. € aus der gestiegenen Steuerkraft der Stadt in der maßgeblichen Referenzperiode und zum anderen zu einem Anteil von ca. 1 Mio. € aus dem derzeitigen voraussichtlichen Haushaltsdefizit des Kreises für das Jahr 2010 in Höhe von 14 Mio. €, das die Stadt anteilmäßig mitzutragen habe. Zumindest dieser Anteil sei aus seiner Sicht unverständlich, da der Kreis noch in den Jahren 2007 und 2008 einen Überschuss von ca. 10,2 Mio. € erwirtschaftet habe, der vollständig in das Eigenkapital geflossen sei und nunmehr nicht zur Minderung des aktuellen Defizits herangezogen werde. Aus seiner Sicht als Kämmerer halte er es für sachgerecht, einen Steigerungsbetrag für die Kreisumlage von insgesamt 1,6 Mio. € zu veranschlagen, da erfahrungsgemäß in der weiteren Diskussion des Kreishauhaltes noch Einsparpotenziale genutzt werden, die zu einer Verringerung des Haushaltsdefizit führen können.
Ingesamt sei das städtische Defizit für das Jahr 2010 mit ca. 9,9 Mio. € anzusetzen. Dies ergebe sich aus einem Ausgangsdefizit von ca. 7,4 Mio. € zzgl. weiteren Verschlechterungen von ca. 5,1 Mio. €, denen jedoch auch eine Verbesserung der Einnahmen beim Einkommensteueranteil von ca. 880 T €, beim Familienlastenausgleich von ca. 350 T € sowie zusätzlichen Erträgen aus der Abrechnung der Einheitslasten in Höhe ca. 1,4 Mio. € und Einsparungen im Zuge der Haushaltsberatungen gegenüberstehen.
Herr Fiebig erläutert weiter, dass für den Abschluss des Haushaltes 2009 eine Prognoserechnung vom 07.12.2009 ein Defizit von 41 T € ergeben habe. Dies sei aus seiner Sicht eine sog. rote Null und bedeute quasi einen ausgeglichenen Haushaltsabschluss. Dem stehe jedoch eine Weigerung des Innenministeriums und des Kreises als Aufsichtsbehörde entgegen, eine im Jahr 2008 gebildete Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. € zur Erstattung der Pendlerpauschale in diesem Jahr aufzulösen und damit zum Haushaltsausgleich beizutragen. Insofern schließe das Jahr 2009 voraussichtlich mit einem Defizit von ca. 1, 241 Mio. € ab.
Der Jahresabschluss 2008 sei nach Auffassung der Aufsichtsbehörde zu korrigieren. Hierbei müssten unter Berücksichtigung der genannten Summen von 3,5 Mio. € und 1,2 Mio. € nunmehr zusätzlich 4,7 Mio. € dem Eigenkapital zugeführt werden.

Herr Fiebig weist weiter darauf hin, dass die Rückstellung für die Pendlerpauschale nicht eine Folge von normalen Schwankungen im Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sei. Vielmehr habe das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass Bund, Länder und Gemeinden in den Jahren 2007 und 2008 zuviel Geld erhalten hätten, das an den Bürger zu erstatten sei. Wäre es dem Bund möglich gewesen, diese Erstattungen bereits im Jahr 2008 abzuwickeln, hätten die Gemeinden bei der Schlussrate des Anteils an der Einkommensteuer bereits weniger Geld erhalten. Daran werde deutlich, dass es sich hierbei um eine Verbindlichkeit des Jahres 2008 handele und demzufolge das Jahr 2008 eigentlich mit dem geringeren Ertrag zu belasten sei. Dass nunmehr die Rückzahlung technisch erst im Jahr 2009 erfolgt sei und der Bund hierbei gegenüber der Stadt eine Verrechnung mit seinen Zahlungen vorgenommen habe, ändere jedoch aus seiner Sicht nichts an der wirtschaftlichen Betrachtung dieses Sachverhaltes, die jedoch von den Aufsichtsbehörden wie dargestellt nicht geteilt werde.

Auf die Frage von Ratsherrn Müller, ob die Bilanzierung der einzelnen Jahre nach HGB oder nach Steuerrecht erfolgt sei, erklärt Bürgermeister Spindler, dass die Bilanzierung nach den Vorschriften des NKF-Rechts erfolgt sei, das zwar auf den Bestimmungen des HGB beruhe, jedoch eine eigene Grundlage darstelle.

2.1 Beratung der Ansätze des Fachbereiches Bürgerbüro, Sicherheit, Umwelt (ohne Umwelt), der Servicebereiche Zentrale Dienste, Finanzen, Immobilien, Recht und des Vorstandes

Der Haupt- und Finanzausschuss bezieht die der Einladung beigefügten Veränderungsliste **Anlage 1** und die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilte Veränderungsliste mit den Beratungsergebnissen der Fachausschüsse in die Beratungen ein.

Beratung über den Antrag der FDP Fraktion:

Pauschale Änderungen, Streichungen und Verschiebungen

Es besteht Einigkeit, die Äntrage bei den jeweiligen Produktbereichen zu behandeln.

Fachbereich 1 – Bürgerbüro, Sicherheit und Ordnung
Beratung der Produkte:

Seite 175 - 178 020 010 010 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Seite 179 - 180 020 010 020 Märkte
Seite 181 - 183 020 010 030 Obdachlosenwesen
Seite 187 - 189 020 020 010 Bürgerservice und Wahlen
Seite 191 - 192 020 020 020 Personenstandswesen
Seite 197 –202 020 030 010 Feuerschutz

Abstimmung über die Teilergebnis- und finanzpläne 2010 - Fachbereich 1

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Service Zentrale Dienste
Beratung der Produkte:

Seite 51 - 56 010 010 010 Rat u. Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat

Beratung über den Antrag der UWG-Fraktion:

5492050 – Fraktionszuwendungen von 77.000 € + 5.000€ auf 82.000€ für 2010 (einmalige Zuwendung für UWG Mehr Meerbusch)

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme, 17 Nein-Stimmen (Damit ist der Antrag abgelehnt.)

Seite 75 - 81 010 040 010 Zentrale Leistungen, Organisation und Stadtarchiv

Beratung über die Anträge der FDP-Fraktion:

5431000 – Kürzung des Ansatzes Bürobedarf, Geschäftsaufwendungen um 30 %
U01004004 – U01004011 – Kürzung des Ansatzes Erwerb von Büromöbeln und Büromaschinen um 30 %

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen (Damit sind die Anträge abgelehnt.)

Seite 99 - 103 010 060 010 Personalwirtschaft und –entwicklung
Seite 119 - 121 010 100 010 Service DV-Management/Telekommunikation

Abstimmung über die Teilergebnis- und -finanzpläne 2010 - Service Zentrale Dienste

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Service Finanzen
Beratung der Produkte:

Seite 107 - 108 010 070 010 Finanzmanagement
Seite 111 – 113 010 080 010 Geschäftsbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Vollstreckung
Seite 695 – 698 160 010 010 Allgemeine Finanzwirtschaft

Abstimmung über die Teilergebnis- und -finanzpläne 2010 - Service Finanzen

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen

Service Recht
Beratung des Produktes:

Seite 125 - 126 010 110 010 Rechts- und Schadensangelegenheiten, Datenschutz

Abstimmung über den Teilergebnisplan 2009- Service Recht

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Service Immobilien
Beratung der Produkte:

Seite 135 - 150 010 120 010 Technisches Gebäudemanagement

Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion:

Seite 138
U 010 120 13– Senkung der Baukosten für das Feuerwehrgerätehaus in Langst-Kierst um 300.000 € durch Verzicht auf das 1. Obergeschoß

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen (Damit ist der Antrag abgelehnt.)

Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion:

Seite 139
U 010 120 26 – Kürzung des Ansatzes Neubau der Sportlerumkleiden Strümp auf 50.000 €

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen (Damit ist der Antrag abgelehnt.)

Beratung über den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Erhöhung der Personalaufwendungen zur weiteren Beschäftigung eines Projektsteuerers

Es besteht Einigkeit, den Antrag im Rahmen der Stellenplanberatung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Beratung über den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

U 01012002 7851000 Reduzierung der Allgem. Planungskosten um 50% auf 45.000€. (siehe Veränderungsliste – Ansatz wurde vom SB 9 auf 50.000€ reduziert).

Der Antrag wurde zurückgezogen, da die Rerduzierung bereits von der Verwaltung vorgenommen wurde.

Beratung über die Anregung der UWG-Fraktion:

Können bei diesem und anderen Produkten mehr Fördermittel der EU, bzw. vom Land beantragt werden?

Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu die Verfahrenspraxis bei anderen Kommunen zu erfragen.

Seite 153 - 156 010 130 010 Infrastrukturelles und kaufmännisches Gebäudemanagement

Abstimmung über die Teilergebnis- und -finanzpläne 2010 - Service Immobilien

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Vorstand
Beratung der Produkte:

Seite 59 - 60 010 020 010 Verwaltungsleitung
Seite 61 - 62 010 020 020 Gleichstellung
Seite 63 - 64 010 020 030 Öffentlichkeitsarbeit, Stadtmarketing

Beratung über den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

(Neu) 54 31 050 – neuer Ansatz 5.000 € für Beteiligung der Öffentlichkeit z.B. Optimierung Internetauftritt etc.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Seite 65 - 66 010 020 040 Beschäftigtenvertretung
Seite 69 - 70 010 030 010 Prüfung und Beratung
Seite 683 – 684 150 010 010 Wirtschaftsförderung

Beratung über den Antrag der UWG-Fraktion:

Einsparung von Personalkosten plus Neuausrichtung als GmbH durch Privatisierung der Wirtschaftsförderung

Es besteht Einigkeit, den Antrag im Rahmen der Stellenplanberatung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Seite 687 - 688 150 020 010 Kommunale Beteiligungen

Abstimmung über die Teilergebnis- und -finanzpläne 2010 - Verwaltungsführung

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen

2.2 Beratung Entwurf 2. Lesung

Die als Tischvorlage verteilte Veränderungsliste der Fachausschüsse wird in die Beratung mit einzubezogen.

Seite 33 – 47
Produktbereich 010 Innere Verwaltung

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen

Seite 169 – 172
Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Seite 205 – 210
Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben

Beratung über den Antrag der UWG-Fraktion:

Seite 216
50 % Kostensenkung bei 030 010 010 5279000 – Schülerbeförderung (./. 500.000)

Der Antrag wird von der UWG-Fraktion zurückgezogen.

Die Beratung zum Produktbereich Schulträgeraufgaben und die Abstimmung über den Teilergebnis- und finanzplan wird einstimmig bis zur Sitzung des Rates am 18.12.2009 vertragt.

Seite 301 - 341
Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft

Beratung über den Antrag der UWG-Fraktion:

Seite 307 – 040 010 010 – 5318000 + 16.500€ für Unterstützung Rock am Turm e.V. (verschiedene Aktivitäten

Der Antrag wird von der UWG-Fraktion zurückgezogen.

Beratung über den Antrag der UWG-Fraktion:

040 010 010 – 5318000 + 1.000€ für „Verein Bürger gegen Fluglärm“

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme, 17 Nein-Stimmen (Damit ist der Antrag abgelehnt.)

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Seite 345 - 346
Produktbereich 050 Soziale Leistungen

Beratung über den Antrag der SPD-Fraktion:

050 010 010 Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände:
Erhöhung der Stundenzahl für die Schuldnerberatung

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen (Damit ist der Antrag abgelehnt.)

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Seite 375 - 380
Produktbereich 060 Kinder, Jugend- / Familienhilfe

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Seite 437 – 439
Produktbereich 080 Sportförderung

Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion:

U 080 010 05 Kunstrasenplatz Krähenacker 1 Jahr verschieben, Ansatz und VE

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen (Damit ist der Antrag abgelehnt.)

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 459 - 460
Produktbereich 090 Geoinformationen

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 479 - 480
Produktbereich 100 Bauen und Wohnen

Beratung über den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

100 010 010 – Denkmalpflege
Erhöhung des Personalaufwands um 0,25 im Bereich der Denkmalpflege

Es besteht Einigkeit, den Antrag im Rahmen der Stellenplanberatung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 495 - 509
Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung

Beratung über die Anträge der FDP-Fraktion:

U 110 02 145 – Sanierung Friedrich-von-der-Leyen-Str.
U 110 02 604 – Kanalerweiterung Schützenstr.
U 110 02 805 – Sanierung Bösinghovener Str.
U 110 02 220 – Sanierung Kolberger Str.

Verschiebung der Maßnahmen um jeweils 1 Jahr, Ansatz und VE

Abstimmungsergebnis:

jeweils 4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen (Damit sind die Anträge abgelehnt.)

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 555 - 581
Produktbereich 120 Verkehrsflächen/- anlagen, ÖPNV

Beratung über die Anträge der FDP-Fraktion:

U 120 01 221 – Grundsanierung Higo-Recken-Str.
U 120 01 311 – Grundsanierung Buschstr.
U 120 02 253 – Straßenbeleuchtung Bommershöfer Weg
U 120 02 254 – Straßenbeleuchtung Südstr.
U 120 02 296 – Straßenbeleuchtung Goethestr.

Verschiebung der Maßnahmen um jeweils 1 Jahr, Ansatz und VE

Abstimmungsergebnis:

jeweils 4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen (Damit sind die Anträge abgelehnt.)

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 647 - 650
Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege

Beratung über den Antrag der UWG-Fraktion:

Produkt 130 010 010 – Kinderspielplatz „Am Pfarrgarten“
Errichtung einer „Matschecke“ für 15.000€ (investiv)

Der Antrag wird zurückgezogen. Maßnahme wird in der Spielplatzkommission erörtert.

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 669
Produktbereich 140 Umweltschutz

Beratung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:

Produkt 140 010 010 54 31 050– + 500 € Beitrag für Klimaschutzbündnis

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 679 - 680
Produktbereich 150 Wirtschaft und Tourismus

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Seite 691 - 692
Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Seite 701
Produktbereich 170 Stiftungen

Abstimmung über den Teilergebnis- und -finanzplan

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Unter Hinweis auf die bis zur Ratssitzung am 18.12.2009 vertagte Beschlussfassung zum Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben wird kein Empfehlungsbeschluss hinsichtlich des Gesamtergebnis und -finanzplans und der Haushaltssatzung 2010 getroffen.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung **gem. § 80 Abs. 3 GO NRW** nicht erhoben wurden.

3. VI. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Meerbusch

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die als Anlage beigefügte VI. Änderung der Zuständigkeitsordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Bedarfsanpassung von öffentlichen Telekommunikationsstandorten

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem von der Deutschen Telekom AG vorgesehenen Abbau von Telefonhäusern und Basistelefonen mit Ausnahme der Standorte Moerser Str. 160 / P+R-Platz, Meerbuscher Str. 285 / K-Bahn und Bösinghovener Str. 57 zu. Am Standort Moerser Str. 160 / P+R-Platz soll dabei möglichst ein Telefonhaus installiert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Flächenaufteilung in den städtischen Informationsschaukästen

Beschluss:

Analog der bisherigen Regelungen beschließt der Haupt- und Finanzausschuss den im Rat der Stadt Meerbusch vertretenen Parteien in den in § 16 (2) der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch genannten Informationsschaukästen kostenlos Flächen zu überlassen, damit die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rats- und Ausschussarbeit informiert werden können.

Die vorgesehenen Flächen tragen die Überschrift „Meerbuscher Ratsfraktionen“. Die im Rat der Stadt vertretenen Parteien nutzen die Flächen hinsichtlich ihres Platzbedarfes gemeinsam in gegenseitigem respektvollem Umgang. Die nutzungsberechtigten Parteien erhalten einen Schlüssel für jede Anlage. Die Parteien sind für die Aktualität und das Erscheinungsbild ihrer Aushänge verantwortlich. Wahlwerbung aus Anlass von Europa-, Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen ist nicht gestattet.

Aushänge in den anderen Rubriken „Öffentliche Bekanntmachungen“ und „Meerbuscher Stadtleben“ sind nicht gestattet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Benennung von Erschließungsstraßen in Meerbusch-Büderich im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 271

Beschluss:

Der Haupt – und Finanzausschuss beschließt, die im Bebauungsplan Nr. 271 festgesetzten Planstraßen 2 und 3 mit dem gleichen Namen zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Haupt – und Finanzausschuss beschließt des Weiteren, die im Bebauungsplan Nr. 271 festgesetzten Planstraßen wie folgt zu benennen

Planstraße 1 mit **“ Unter der Mühle “**

Planstraßen 2 und 3 **“ Ruth-Niehaus-Straße “**

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

7. Bericht der Verwaltung

Bürgermeister Spindler erstattet folgenden Bericht:

Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 31. August 2009 – Parkplatzsituation „An der Strempe“ in Meerbusch-Strümp

Die Bürgeranregung wurde am 8. Dezember 2009 im Ausschus für Planung und Liegenschaften und am 9. Dezember 2009 im Bau- und Umweltausschuss behandelt.
Der Bürgeranregung wird nicht gefolgt.

Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 6. September 2009 – Verkehrssituation Dorfstraße zwischen Brühler Weg und Moerser Straße/Düsseldorfer Straße

Die Bürgeranregung wird in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 20. Januar 2009 behandelt.

Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 8. Oktober 2009 – Verkehrsberuhigung Dürerstraße

Die Bürgeranregung wird in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 20. Januar 2009 behandelt.

Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 23. Juni 2009 – Blumenstraße, Meerbusch-Büderich; Aufhebung der Spielstraße

Die Bürgeranregung wird in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 20. Januar 2009 behandelt.

8. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 21. Januar 2010 statt.

9. Verschiedenes

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 11. Dezember 2009

Dieter Spindler Bürgermeister	Wolfram Olbertz Schriftführer